Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 59. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 9. März 1928

Verkehr tut not.

Das Reichsverkehrsministerium ist zu einer kleinen Behörde zusammengeschrumpft, aber seine Bedeutung ist gewaltig gewachsen. Während die Reichsbahn selbständig geworden ist, aber unter dem Druck der Dawes-Lasten gar nicht daran denken kann, ihr Netz auszudehnen, sondern sich damit begnügen muß, ihren Betrieb auf der Höhe zu halten und nur die unbedingt notwendigen Verbesserungen einzuführen, sind gerade die Zweige des Verkehrs, die von diesem Ministerium angeregt und geleitet werden, in raschem Wachsen.

Vor ein paar Tagen hat der englische Verkehrsminister mitgeteilt, im vergangenen Jahre seien auf der englischen Eisenbahn 47 Millionen Fahrgäste weniger befördert worden als im Jahre 1926. Grund: der emporschnellende, sich ins Ungeahnte ausdehnende Autoverkehr. Der hat auch in Deutschland eine Entwicklung genommen, wie man sie selbst in der Nachkriegszeit kaum für möglich gehalten hätte, und daran hat das Reichsverkehrsministerium seinen voll gerüttelten Anteil. Es sind die Kraftwagen und die Kraftlinien, deren Netz dichter und immer dichter ganz Deutschland überzieht. Die Eisenbahn beteiligt sich nicht daran, aber die Post tut es und vor allem eine große und immer noch steigende Anzahl von Kraftwagenverkehrslinien, die mit Unterstützung des Reiches oder der Länder gegründet werden und sich größtenteils ausgezeichnet rentieren. Dieses moderne Verkehrsmittel kann sehr leicht eine Bresche in verkehrsarme Teile Deutschlands legen, wo der Bau einer Eisenbahn aus Rentabilitätsgründen eine Unmöglichkeit ist. Viel kann und wird hier noch geschehen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß es größere Dörfer, ja kleinere Städte gibt, die von der nächsten Eisenbahnstation ein paar Meilen entfernt sind und sie nur auf eigenem Fuhrwerk erreichen können. Mit geringen Mitteln ist dem abzuhelfen und die Erfahrung lehrt, daß die Verkehrsmöglichkeit zu stärkerem Verkehr geradezu anreizt und daß infolgedessen neu eingerichtete Verkehrsmöglichkeiten sich auch dort rentieren, wo der Rechenstift dies vorher verneinte. Wenn das Reichsverkehrsministerium in den Grenzen finanzieller Möglichkeiten hier treibend und fördernd vorgeht, so wird namentlich das platte Land ihm dafür dankbar sein.

Dem sonstigen Ausbau des Verkehrsnetzes sind aber ziemlich enge Grenzen gesetzt, vor allem dem Ausbau des Kanalnetzes. Dabei spielt bekanntlich der Mittellandkanal eine besondere Rolle. Selbst ältere Zeitgenossen erinnern sich kaum noch des berühmt gewordenen Wortes Boddieskis: „Ich werde mir doch mit diesem Lausekanal nicht vor den Bauch stoßen lassen." Der Streit ist verstummt, der damals so hohe Wellen schlug. Aber der Mittellandkanal wird wohl erst in sechzehn Jahren fertig werden. Die ostdeutsche Landwirtschaft hat andere Sorgen als die damilige Furcht, durch den Bau des Mittellandkanals würde die ausländische Getreidekonkurrenz bis in den deutschen Osten hineingeführt werden.

Ein besonders erfreuliches Bild zeichnete der Minister von dem Emporblühen der Luftschiffahrt. Schiffahrt muß man schon sagen, denn der Zeppelin wird ja das Meer überqueren, seine Aufgabe wird es sein, den Transozeanverkehr zur Wirklichkeit zu machen und das Reich wird sich dabei übrigens auch finanziell beteiligen. Neben dieser Luftschiffahrt die eigentliche Luftfahrt, die Ausdehnung des Flugzeugverkehrs. Da können wir wirklich sagen: Deutschland in der Welt voran! Wir haben es vermieden, den Rummel der Ozeanfliegerei mitzumachen, in Amerika soll es ja schon einen Verein von solchen Leuten geben, die über den Ozean fliegen wollen. Die deutsche Luftfahrt steht auf festerem Boden. Leider ist sie aber im besetzten Gebiet noch immer unfrei, unfreier sogar als im eigentlichen Hoheitsgebiet der Besatzungsmächte. Eifrig wird denn am Ausbau auch dieses Verkehrsnetzes gearbeitet; liegt doch — und das ist ein unendlicher Vorteil — Deutschland im Mittelpunkt des europäischen Luftverkehrs und ist bestrebt, den Pflichten, die dieser Vorteil in sich schließt, möglichst gerecht zu werden.

Aber das erfreuliche an der Rede des Reichsverkehrsministers war wohl die Ankündigung, daß die Eisenbahn ihre Tarife nicht erhöhen werde. Vor einiger Zeit hieß es nämlich, eine solche Tariferhöhung sollte eintreten. Das ist vermieden worden, weil es einfach vermieden werden mußte. Tariferhöhungen bedeuten ja nicht immer auch Einnahmeerhöhungen und so werden wir denn im laufenden Jahre vorläufig nicht teurer fahren, als das, Gott sei es geklagt, bisher schon geschieht.

Orden und Titel.

Erklärungen des Reichsinnenministers.

Die Frage der Wiederverleihung von Orden und Titeln, die in der letzten Zeit wiederholt besprochen wurde und auch bei der Anwesenheit von Aman Ullah in Berlin eine Rolle spielte, wurde wieder im Hauptausschuß des Reichstages behandelt. Für die Wiedereinführung der Orden plädierte ein weiblicher Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei, Frau Lang. Sie fragte mit Bezug auf den Besuch des afghanischen Königs, ob es denn schöner sei, statt der Orden — Zigarettenetuis zu verteilen.

Reichsinnenminister v. Keudell erwiderte, daß die Wiedereinführung von Orden in erster Reihe vom außenpolitischen Standpunkt aus interessiere. Das hat man in der letzten Zeit oft gehört. Das Auswärtige Amt empfindet es als schmerzlich, daß es nicht die Möglichkeit hat, hervorragende Persönlichkeiten des Auslandes mit Ordensauszeichnungen zu bedenken. Man müsse sich für erwiesene Freundlichkeiten mit anderen Aufmerksamkeiten revanchieren, die weit teurer zu stehen kommen und doch nicht so hoch in Geltung stehen, weil sie nicht sichtbar zu tragen sind.

Dr. v. Keudell vertröstete auf die Zukunft, die vielleicht — im Wege einer Verfassungsänderung — die Orden und Titel wieder bringen werde.

Aufforderung zur Rückkehr nach Genf

Spanien und Brasilien sollen nicht beiseitestehen.

Wiederbeitritt gewünscht.

Bei Beginn der Donnerstagsitzung des Völkerbundrates schlug der Präsident, der kolumbische Delegierte Urrutia, dem Völkerbundrat vor, ein von dem Präsidenten des Rates im Namen sämtlicher Mitglieder unterzeichnetes Schreiben an Brasilien und Spanien zu richten mit der Aufforderung, ihre Beschlüsse auf Austritt aus dem Völkerbund einer Nachprüfung zu unterziehen, um eine Rückkehr der beiden Staaten in den Völkerbund zu ermöglichen. Der Präsident wies darauf hin, er sei überzeugt, daß alle Mitglieder des Rates seine Auffassung teilten, da es Aufgabe des Völkerbundes wäre, im Interesse des Friedenswerkes des Völkerbundes das möglichste zu tun, um die wertvolle Mitarbeit Brasiliens und Spaniens im Völkerbund für die Zukunft zu sichern. Die Regierungen von Brasilien und Spanien müßten aufgefordert werden, zu prüfen, ob die Gründe, die im Jahre 1926 ihren Beschluß verankaßten, heute noch so schwerwiegend seien, daß der Beschluß weiter aufrechterhalten werden müßte. Der Rat müßte den beiden Mächten aus seiner Verantwortung gegenüber der Welt und den Friedensaufgaben des Völkerbundes heraus den Beweis geben, daß er auf eine Zusammenarbeit mit ihnen den größten Wert lege.

Der Präsident schlug vor, in einer der nächsten Sitzungen des Rates den Text des Schreibens an die beiden Regierungen dem Rat vorzulegen. Die übrigen Ratsmitglieder schlossen sich dem Vorschlage des Präsidenten an.

Im Namen der deutschen Regierung

erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann, er habe es stets als ein besonders schmerzliches Zusammentreffen der Ereignisse empfunden, daß in dem Augenblick, als Deutschland in den Völkerbund eintrat, zwei große Nationen ihre Mitarbeit am Völkerbund einstellten, wodurch eine empfindliche Lücke entstanden sei. Spanien und Brasilien seien zwei Länder, mit denen Deutschland in nahen und freundschaftlichen Beziehungen stehe. Der Wert ihrer Mitarbeit im Völkerbund brauche daher von ihm nicht besonders hervorgehoben zu werden. Beide Länder seien zweifellos berufen, in Zukunft im Interesse des Völkerbundes erneut sehr wertvolle Dienste zu leisten. Er könne daher nur aufrichtig das Vorgehen des Ratspräsidenten begrüßen.

Ungarn und Rumänien.

Interessant war in der Sitzung noch die Behandlung des ungarischen Optantenstreites, wobei der ungarische Vertreter, Graf Apponyi, u. a. erklärte, die ungarische Regierung sei zu ihrem großen Bedauern nicht in der Lage, sich den Vorschlägen des in Genf eingesetzten Dreierkomitees anzuschließen. Die ungarische Regierung habe der rumänischen in der Optantenfrage praktische Vorschläge gemacht, worauf diese mit einer Art Ultimatum geantwortet habe. In Erwiderung auf die Ausführungen Apponyis entwickelte der rumänische Außenminister Titulescu den Standpunkt der rumänischen Regierung zu den ungarischen Vorschlägen. Die ungarische Regierung fordere eine bevorzugte Berücksichtigung der ungarischen Optanten, indem sie die Entschädigung für die Ungarn in Goldwährung verlange, während die übrige rumänische Bevölkerung die Folgen des Währungszusammenbruches in Rumänien zu tragen hätte. Ungarn besäße kein Recht, eine bevorzugte Stellung zu verlangen.

*

Oberschlesische Frage.

Der Völkerbundrat behandelte Mittwoch nachmittag noch eine Reihe von Fragen, deren wichtigste eine vom Deutschen Volksbund in Ostoberschlesien direkt an den Rat gerichtete Petition wegen der Schaffung einer Minderheitenschule in Biertultowy, Kreis Rybnik, war. Die polnische Regierung erklärt dazu, die Frage eigne sich nicht zur augenblicklichen Behandlung, und gibt dafür verschiedene nicht besonders stichhaltige Gründe an. Der Ratspräsident schlug in seiner Eigenschaft als Berichterstatter vor, die Prüfung der Angelegenheit so lange zu vertagen, bis der Haager Gerichtshof die von der deutschen Regierung Anfang dieses Jahres bei ihm anhängig gemachte Klage entschieden habe. Der Rat stimmte diesem Vorschlage zu.

Der Rat beschloß ferner, die für das in Rom zu errichtende Weltlehrfilminstitut vorgeschlagene Satzung den mit der Pflege der internationalen geistigen Zusammenarbeit betrauten Stellen zur Begutachtung vorzulegen. Der deutsche Staatssekretär v. Schubert erklärte unter Hinweis auf die Bedeutung des Lehrfilms, daß Deutschland zur Zusammenarbeit auf diesem wichtigen Erziehungsgebiet bereit sei. Er wünsche aber gleichzeitig, diese Zusammenarbeit nicht nur auf die Völkerbundkommission für internationale geistige Zusammenarbeit beschränkt zu sehen, sondern erwarte, daß auch die in anderen Ländern bestehenden Lehrfilminstitute, insbesondere der deutsche Lehrfilm und das Europäische Lehrfilminstitut in Basel, herangezogen werden. Italiens Vertreter Scialoja erklärte, daß die italienische Regierung diesen Wünschen vollkommen entsprechen werde.

*

Im Juni erneute Sicherheitsberatungen.

Das Sicherheitskomitee beendigte seine Arbeiten mit der Annahme des Musters eines gemeinsamen sowie eines zweiseitigen Nichtangriffspaktes nebst den erklärenden Noten. Es wurde beschlossen, daß die dritte Tagung spätestens Ende Juni stattfinden soll. Auf das Programm dieser Tagung soll die zweite Lesung der Resolution sowie die Beratung der deutschen Vorschläge gesetzt werden.

Ibn Saud im Vormarsch.

Verteidigungsmaßnahmen.

Die Führer der drei wichtigsten Araberstämme an der Grenze des Iraks haben mit ihren Truppen nach einer Zusammenkunft bei dem König der Wahabiten, Ibn Saud, den Vormarsch in der Richtung auf Koweit und Transjordanien angetreten. Wenn Ibn Saud seine gesamte Macht von mindestens 300 000 Mann gegen Transjordanien und das Irakgebiet einsetzen sollte, so würde die Entsendung bedeutender britischer Streitkräfte nach Bagdad notwendig werden.

Die Regierung von Palästina trifft beschleunigt Verteidigungsmaßnahmen gegen die Bewegung des Wahabitenkönigs Ibn Saud. An der transjordanischen Grenze wurde der Kriegszustand verhängt. Alle auf Urlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften sind zurückgerufen worden. Die in Ramle in Palästina stationierte zweite Panzerwagenkompagnie der britischen Luftstreitkräfte ging nach Amman ab. Aus Ägypten sind Truppen und Flugzeuge, von denen jedes 20 Mann fassen kann, nach Amman abgesandt worden. Man hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß es sich nicht als notwendig erweisen wird, die verfügbaren Verteidigungsstreitkräfte zu verstärken.

Britisches Ultimatum nach Kairo.

Der englisch-ägyptische Streitfall.

Die Londoner Regierung hat nach Kairo infolge der andauernden politischen Reibungen ein scharfes Ultimatum gesandt. Die Londoner Regierung erklärt, daß sie die Einführung von Gesetzen verbiete, die dazu dienen könnten, die Verwaltung Ägyptens zu erschweren oder die britische Regierung in der Verteidigung der Interessen und der Sicherheit der Ausländer in Ägypten zu behindern. Die Note betont, daß sich England das Recht vorbehalte, alle Schritte zu unternehmen, die zur Erfüllung der von der britischen Regierung übernommenen Verpflichtungen eventuell notwendig sein sollten.

Sarwat Pascha, der nach dem Rücktritt des ägyptischen Kabinetts einstweilen die Geschäfte weiterführt, hat sofort nach London eine Antwortnote abgesandt, in der er erklärt, daß die zurückgetretene ägyptische Regierung sich unmöglich mit der neuen Note befassen könne und daß also die britische Regierung die Neubildung der ägyptischen Regierung abwarten müsse.

Ein britisches Weißbuch über die letzte Entwicklung der britisch-ägyptischen Beziehungen ist in London veröffentlicht worden. Das Weißbuch betont, für den Schutz der britischen Reichsverbindungen sollte eine britische Streitmacht in Ägypten verbleiben. Der Sudan sollte auf den Vorkriegszustand zurückgeführt und die Wasserversorgung Ägyptens neu geregelt werden. Die ägyptisch-britischen Einigungsbemühungen sind aber an der Militärfrage wie an der Sudanfrage gescheitert. Über beide Fragen konnte zwischen Sarwat Pascha und dem britischen Ägyptenkommissar keine Einigung erzielt werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF